

Umlauf

Für die Wissenschaft, die dem Sozialismus dient

UNIVERSITÄTSZEITUNG

ORGAN DER SED-PARTEILEITUNG



DER KARL-MARX-UNIVERSITÄT

LEIPZIG
24. 2. 1966
10. JG. / 33 603
15 PFENNIG

8



Studentensommer- vorbereitungen beginnen

Das Komitee zur Vorbereitung des Leipziger Studentensommers 1966 konstituierte sich am 23. Februar. Vorsitzender des Komitees sind der Prorektor für Studienangelegenheiten und der Erste Sekretär der FDJ-Kreisleitung. Ihm gehören außerdem an: Verantwortliche Funktionäre des GST-Kreisvorstandes und des DRK-Hochschulkomitees, der Leiter des Organisationskomitees für den Studentensommer und ein Vertreter der Universitäts-Parteileitung.

Der Studentensommer ist bereits zum wesentlichen Bestandteil des gesamten Erlebensprozesses an der Universität geworden. Die Einheit von Erziehung zum sozialistischen Studenten, von marxistisch-leninistischer Schulung, körperlicher Arbeit und kultureller Freizeitgestaltung werden auch in diesem Jahr den Inhalt des Leipziger Studentensommers bestimmen.

Einiges aus dem Plan:

1. Schulungslager des FDJ-Aktivs in Rad Saarow.
2. Lager zur vormilitärischen Ausbildung.
3. FDJ-Lager für alle Diplom-Stu-

denten (außer dem beginnenden letzten Studienjahr), die nicht an der vormilitärischen Ausbildung teilnehmen.

4. Vorbereitungslehrgänge für das 1. Studienjahr mit dem Ziel, die neuimmatrikulierten Studenten auf ihr Studium vorzubereiten und sie mit den Traditionen der Universität bekannt zu machen.
5. Lager der Kulturensembles und Lager der FDJ-Kreisorganisation in Dranske.

Mehr über den Leipziger Studentensommer 1966 berichten wir in einer unserer nächsten Ausgaben.



Zum 10. Jahrestag der Nationalen Volksarmee

Viermal: Magna cum laude

Vier Offizieren unserer Nationalen Volksarmee überreichte Prof. Dr. phil. habil. Rothmann, Dekan der Philosophischen Fakultät, die Urkunden

eines Doktors der Philosophie, Magna cum laude für Kapitän zur See Werner Wunderlich, Major Siegfried Zeimer, Oberleutnant Hans Hahn und Joachim Schunka.

Zwölf Doktortitel wurden damit von der Philosophischen Fakultät bereits an Angehörige der Nationalen Volksarmee vergeben. In seiner Rede betonte Prof. Rothmann, die Verleihung von vier Doktorwürden „magna cum laude“ zum 10. Jahrestag der Volksarmee dokumentiere, daß unsere Armeemitglieder und Klugheit die Errungenschaften unserer Republik und den Frieden in Europa schützen, auch an der „Front der Wissenschaft“ hervorragende Leistungen vollbringen.

Den Glückwünschen eines Vertreters der Politischen Hauptverwaltung des Ministeriums für Nationale Verteidigung folgte eine kurze Ansprache Dr. Wunderlichs, in der er im Namen

seiner Genossen den Professoren und Doktoren der Philosophischen Fakultät für die ausgezeichnete Unterstützung dankte. „Es erfüllt uns mit Stolz, an dieser traditionsreichen Stätte, die den Namen des Begründers des wissenschaftlichen Sozialismus trägt, unsere Ausbildung genossen zu haben. Es ist für uns eine hohe Ehre und Verpflichtung, daß wir unsere Diplome unmittelbar vor dem 10. Jahrestag der Gründung der Nationalen Volksarmee und in der Vorbereitung des 20. Jahrestages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in Empfang nehmen dürfen“, sagte Kapitän zur See Dr. Wunderlich. „Wir sind uns dessen bewußt, daß unser politischer, militärischer und wissenschaftlicher Werdegang untrennbar mit den Errungenschaften unserer Republik unter Führung der Partei der Arbeiterklasse verbunden ist.“

Foto: HUBER

Japanische Journalisten fragen:

Die DDR und die Wiedervereinigung

Interview mit dem Rektor unserer Universität

Ein Kamerateam der japanischen staatlichen Rundfunkgesellschaft NHK, das in der DDR weilte, um eine Reportage zu drehen, bat den Rektor unserer Universität, Prof. Dr. Georg Müller, um ein Interview zu Fragen der nationalen Politik unserer Deutschen Demokratischen Republik.

Die japanischen Journalisten konstatierten die Tatsache, daß in Europa zwei deutsche Staaten bestehen und fragten, welche Möglichkeiten Magnifizenz Prof. Dr. Müller sähe, um Deutschland wiederzuvereinen.

Ausgehend von seiner nationalen Verantwortung als Wissenschaftler und Rektor einer so namhaften Universität wie der Karl-Marx-Universität, beantwortete Prof. Dr. Müller die Fragen.

Er führte u. a. aus, daß ein wiedervereinigtes Deutschland natürlich das Ziel unserer nationalen Politik ist. Das ist jedoch — bedingt durch die verständigungs- und friedensgefährdende Politik des westdeutschen Staates keine Aufgabe, die von heute auf morgen zu lösen ist. Prof. Dr. Müller erklärte, daß es sich in Deutschland nicht um zwei deutsche Staaten schlechthin handelt, sondern um zwei Staaten mit gegensätzlicher Gesellschaftsordnung, die nicht in kurzer Zeit wieder vereinigt werden können, sondern in ihren Beziehungen erst einmal die Prinzipien der friedlichen Koexistenz durchsetzen müssen, wie sie in den Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung üblich sind. Erschwerend kommt hinzu, so betonte Prof. Dr. Müller, daß von der westdeutschen Bundesregierung eine ernsthafte Gefährdung des Friedens in Deutschland und in der Welt eintritt. Die Bundesrepublik ist der einzige europäische Staat, der Gebietsanforderungen stellt. Die revancharische Hetze geht einher mit dem Streben nach Atomwaffen, nach Durchsetzung der Notstandsgesetzgebung, die im Innern des Landes die Voraussetzungen für die Verwirklichung der aggressiven außenpolitischen Ziele schafft.

Ein Wiedervereinigung mit einem solchen aggressiven imperialistischen Staat ist für die Deutsche Demokratische Republik nicht diskutabel, antwortete Prof. Dr. Müller den Journalisten.

Er erläuterte ihnen die Friedensvorschläge Walter Ulbrichts an den westdeutschen Bundestag und fügte hinzu, daß sich die Bundesregierung auch diesmal wiederum darauf beschränke, die Vorschläge rundweg abzulehnen.

Auf eine entsprechende Frage der japanischen Journalisten erklärte der Rektor, daß das entscheidende Hindernis für die Wiedervereinigung Deutschlands die Politik der westdeutschen Bundesregierung ist. Nicht schlechthin die Existenz zweier deutscher Staaten und Westberlins gefährden den europäischen Frieden. Am Beispiel der deutschen Geschichte erläuterte Prof. Dr. Müller die Gefährlichkeit der Politik der Bundesrepublik, einer Politik, die praktisch die aggressiven Ziele des Deutschen Reiches unter den heutigen Bedingungen verfehlt und die Wiederherstellung der Grenzen von 1937 anstrebt. Wie kann es eine Verständigung mit einer Regierung geben, so fragte Prof. Dr. Müller die Journalisten, die nicht nur jeden Vorschlag beharrlich ablehnt, sondern die Existenz der DDR überhaupt zu leugnen versucht? Dennoch, so unterstrich der Rektor, hat die DDR das Bemühen um eine Verständigung nie aufgegeben und wird es auch nicht aufgeben.

Im Verlaufe des Interviews zeichnete Prof. Dr. Müller die Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik als ersten deutschen Friedensstaat, der sich konsequent an die Beschlüsse des Potsdamer Abkommens hält und eine Politik betreibt, die auf die Verhinderung eines Krieges und die Erhaltung des Friedens in Europa gerichtet ist. Die Gewährleistung der europäischen Sicherheit und die Annäherung beider deutscher Staaten ist jedoch nur möglich, wenn die westdeutsche Bundesregierung Abstand von ihrer friedensgefährdenden Politik nimmt. Prof. Dr. Müller verwies darauf, daß sich auch in Westdeutschland die Kräfte mehren, die für ein vernünftiges Verhältnis zur DDR eintreten und sich gegen die Atombewaffnung und die Notstandsgesetzgebung wenden.

Kameragespräch mit Studenten

Nach dem Interview mit dem Rektor führten die japanischen Journalisten ein Kameragespräch mit Studenten der verschiedensten Fachrichtungen unserer Universität. Thema dieses Gesprächs waren die Ausbildung der Studenten in der DDR, die soziale Stellung und das allgemeine Leben der Studierenden, Zukunftspläne und Berufswünsche und die Meinung der Gesprächsteilnehmer zu verschiedenen Problemen der nationalen Politik und der Weltpolitik.

Ein Satz zum Einsatz

Ersteinsätze gehören schon so ins Leben unserer Universität, daß man sie als Stück der Ausbildung betrachtet, sie für selbstverständlich hält. Einsätze in der Braunkohle schicken sich an, den gleichen Status zu erheben. Man kann es durchaus als Vertrauensbeweis werten, wenn das Braunkohlkombinat „Otto Grotewohl“, Böhlen, in Hochdruckzeiten um die Hilfe der Studenten bittet, einen Vertrauensbeweis, der nicht nur Einsatzbereitschaft und Qualität der Arbeit betrifft, sondern auch ausreicht, was uns im Trubel der Ereignisse gar nicht immer so recht bewußt wird: das Zusammengehörigkeitsgefühl von Arbeitern und Studierenden, oder — um es mit einem Schlagwort auszudrücken — sozialistischer Gemeinschaftsgeist. Ein Kämpfer im Tagebau Zwenkau drückte das kürzlich so aus: „Das ist schon in Ordnung so; Die Studenten setzen sich nicht in ihr Zimmer und schimpfen, wenn es vielleicht kalt ist. Die kommen her und packen mit zu.“ Und das nicht schlecht, sei dem hinzugefügt. Der Zwenkauer Tagebau bietet in diesem wechselhaften Winter ein ebenso wechselhaftes Bild. Eis und Schnee oder kniehohes Schlamm — eines wie das andere gefährdet die Planerfüllung, behindert den Zugverkehr. „Die Jungen sind in Ordnung“, meinte der Meister. Ein Lob für die — trotz der ungewöhnlich schweren Arbeit — unerschrockenen Helfer, die vom 14. bis zum 19. Februar unter Anleitung

erfahrener Gleisarbeiter dem Eis zu leibe rückten.

Den Anfang hatten in diesem Jahr die Zahnmediziner gemacht. In einem Aufruf an alle FDJ-Mitglieder und Studenten schrieben sie: „Mit unserem Einsatz an einem volkswirtschaftlich wichtigen Schwerpunkt wollen wir gute Taten für den Sozialismus vollbringen. Unser Einsatz soll ein Beweis der engen Verbundenheit aller Studenten mit der Arbeiterklasse sein. ... Wir sind Studenten der Arbeiterklasse, und wir werden später die Intelligenz dieser Klasse sein.“ (Vgl. UZ 3/66, S. 1.)

Die Stomatologen gingen mit gutem Beispiel voran. Physiker, Veterinärmediziner, Stadtbürgerkundler und Kunstgeschichter folgten ihnen, allerdings — das soll hier nicht verschwiegen werden — war einigen von ihnen das Warum nicht so ganz klar wie den Stomatologen. Vor allem bei einigen Stadtbürgerkundlern, so berichtet die FDJ-Kreisleitung, war das Interesse an solch einem Einsatz nicht sonderlich groß. Die Vorbereitung des Einsatzes und der Einsatz selbst erwiesen sich als ein Drama in mehreren Akten, das durch einige Zwischenfälle und Widersprüche ergänzt wird. Es soll hier nicht alles aufgezählt werden. Nur soviel sei gesagt: Es ist nicht einzig und allein die Schuld der Studenten, wenn sich das Ganze als ein wenig heiteres Verwechslungsspiel ohne Auflösung präsentiert, in dem die FDJ-Kreisleitung zusätzlich die Rolle des gutgläubigen

Gläubigers übernahm, der am Ende nicht all das in den Händen hatte, was er erwarten durfte. Nur ein Teil der angeprochenen bzw. angeschriebenen Studenten erschien. Einer entschuldigte sich bei der Kreisleitung, er könne den Einsatz nicht mitmachen, da er mit Familie in den Urlaub fahre.

Es ist uns nicht gelungen, den vieldeutigen Einsatzplan für das diesjährige Praktikum reiflos zu durchschauen. Eines dürfte sich jedoch abzeichnen: Nicht alle Studenten sind mit dem organisierten Selbststudium so ausgelastet, daß die vorlesungsfreie Zeit tatsächlich im Interesse des Studiums genutzt wird. (Zwischenruf: Nicht wenige Wissenschaftler und Studenten haben geklagt, daß der Lehrstoff nicht zu schaffen sei, als der Ersteinsatz um eine Woche verlängert wurde!) Da also offensichtlich genügend Zeit bleibt, den individuellen Finanzplan nach Wunsch und Laune zu decken, müßte auch Zeit sein, den Einsatz in der Braunkohle mitzumachen.

Und letzteres hat schließlich nicht nur etwas mit Zeit, sondern auch und vor allem mit gesellschaftlichem Bewußtsein zu tun und — last not least — mit dem Ansehen unserer Universität bei den Kumpeln des Braunkohlkombinats „Otto Grotewohl“. Wir haben uns dieses Ansehen durch die Einsatzbereitschaft vieler Studenten erobert und sollten es nicht durch Nachlässigkeit oder faule Ausreden einiger weniger leichtfertig aufs Spiel setzen.